

Martin Seckendorf

Vor 80 Jahren: Mit Krieg zu neuem Lebensraum. Nazideutschland überfällt am 1. September 1939 Polen und löst den Zweiten Weltkrieg aus.

Mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg war der Versuch des deutschen Imperialismus gescheitert, die Welt neu aufzuteilen und die Vorherrschaft zu erzwingen. Die Siegermächte oktroyierten den Deutschen im Versailler Vertrag schwerwiegende politische, militärische und ökonomische Einschränkungen und Belastungen sowie territoriale Einschnitte. Deutschland wurde dadurch und durch die revolutionäre Entwicklung im Innern politisch-militärisch zu eine drittrangigen Macht in Europa. Grundlinie aller Regierungen in der Weimarer Republik, die den Versailler Vertrag als Bestandteil der Verfassung aufnehmen und damit zum obersten Reichsgesetz erklären mußten, war die Beseitigung des Vertrages. Zwar wollte man angesichts des Kräfteverhältnisses schrittweise, vielmals getarnt vorgehen. Endziel der „Revisionspolitik“ war die Herstellung des Zustandes vor dem Ersten Weltkrieg als Ausgangspunkt für einen erneuten, diesmal besser vorzubereiteten Griff nach der Weltmacht. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Gottlieb Treviranus, schrieb am 24. Juni 1930 dem Auswärtigen Amt, Ziel der Außenpolitik sei es, für das „Deutsche(n) Reich in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Normallage einer europäischen Großmacht wieder zu gewinnen.“¹

I

Einige von allen Fraktionen des deutschen Imperialismus als besonders schmachvoll empfundene Bestimmungen des Versailler Vertrages betrafen die Gebietsabtrennungen im Osten und der Zwang zur Anerkennung der Republik Polen. Die Warschauer Regierung erhielt durch den Vertrag und weitere „Erwerbungen“ nach dem Krieg fast 9 Prozent des ehemaligen deutschen Staatsgebiets mit ca. 3,8 Millionen Einwohnern. Etwa 80 Prozent der bedeutenden Hütten- und Montanindustrie beispielsweise Ostoberschlesiens gingen „verloren“. Hinzu kam die Unterstellung der Stadt Danzig unter den Völkerbund und die Übergabe des Memelgebiets an Litauen.²

Dadurch wurde nicht nur die ökonomische und politische Machtbasis des deutschen Imperialismus im Osten erheblich geschwächt. Mit dem neuen Polen, das enge Verbindungen zum „Erzfeind“ Frankreich unterhielt und ein Eckpfeiler des von den imperialistischen Mächten aufgebauten Cordon sanitär darstellte, war eine schwer zu überwindende Barriere in der traditionellen Hauptrichtung deutscher Expansionspläne und eine Bedrohung bei möglichen deutschen Aktionen in Richtung Westen entstanden. Der französisch dominierte Sicherheitsgürtel richtete sich nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern ebenso gegen den deutschen „Drang nach Osten“. Die Haltung der Mächtigen und Einflußreichen in Deutschland beschrieb am 11. September 1922 der Chef der Heeresleitung in der Reichswehr, Hans von Seeckt drastisch aber zutreffend: „Polens Existenz ist unerträglich und unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden“.³

Die entscheidenden Gruppen des deutschen Imperialismus, die vornehmlich im Auswärtigen Amt und in der Reichswehr politisch vertreten waren, setzten uneingeschränkt „zu gegebener Zeit“ auf die gewaltsame Liquidierung Polens und der gesamten Nachkriegsordnung zur Wiederherstellung des Großmachtstatus von 1914. Die Reichswehr legte für diesen Fall illegal seit 1925

Hochrüstungsprogramme für ein Heer von 102 Divisionen mit bis zu 3 Millionen Mann anstelle der von den Siegermächten genehmigten 10 Großverbänden mit 100000 Mann auf.⁴ Reichskanzler Heinrich Brüning forderte am 8. Juli 1930 im Kabinett, die deutschen Politiker sollten im internationalen Diskurs von den bisherigen Friedensphrasen abgehen und offensiver einen „ausreichenden natürlichen Lebensraum“ für Deutschland fordern, der naturgemäß nur im Osten und

¹ Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropa-Plan 1930, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, H.1/1972, Dok. 2, S.61.

² Zusammenfassend zu den Abtretungsbestimmungen s. Fritz Frh. Marschall von Bieberstein, Verfassungsrechtliche Reichsgesetze und wichtige Verordnungen. Mannheim 1929, S. 169 ff.

³ Seeckt, Aus meinem Leben 1918-1936. Von Friedrich von Rabenau, Leipzig 1941, S. 316.

⁴ Karl-Heinz Janssen, Der große Plan, „Die Zeit“ v. 7. März 1997, Nr. 11/1997.

Südosten Europas zu finden war.⁵ Eine einflußreiche Propagandaorganisation für die Politik dieses Flügels der Herrschenden in Deutschland war der Deutsche Ostmarkenverein. In einem Schreiben des Landesverbandes Pommern-Grenzmark der Organisation vom 5. Januar 1930 heißt es, man sei „überzeugt, daß wir uns das geraubte Land mit Waffengewalt zurückholen müssen“.⁶ Der Verein war einer der meist weit rechts stehenden, nach Tausenden zählenden „Deutschtumsverbände“, einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen und Arbeitsgemeinschaften in der Weimarer Republik. Mit großzügiger materieller Unterstützung durch die „öffentliche Hand“ sollte dieses Propagandasystem vor allem eine Mehrheit der „Reichsdeutschen“ für die seit 1930 immer aggressiver Revisionspolitik gewinnen. Die Solidarität mit dem „notleidenden Deutschtum“ in den „Abtretungsgebieten“ wurde als klassenübergreifende nationale Pflicht dargestellt. Polenhaß und rassistisch gefärbte Wertungen „der Polen“ wurden massenhaft über eine Vielzahl von Kanälen verbreitet und die Deutschen in Polen zur Abgrenzung vom polnischen Mehrheitsvolk, das als „Feind“ dargestellt wurde, gedrängt.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurde jenen mächtigen politischen Gruppen die Staatsgeschäfte übertragen, die seit Anfang der zwanziger Jahre am radikalsten die gewaltsame Vernichtung des Versailler Vertrages und die Eroberung „neuen Lebensraums“ im Osten propagierten. In seiner Programmschrift „Mein Kampf“ forderte Hitler 1925, „oberster Gesichtspunkt jeder Außenpolitik“ sei, „den Grund und Boden in Einklang zu bringen mit der Volkszahl.“ Das sei der einzige Grund, der „einen Bluteinsatz gerechtfertigt“. Dieser „neue(n) Grund und Boden“, fuhr Hitler fort, liege in „Rußland und (in den) ihm untertanen Randstaaten“, also im Baltikum.⁷ Am 27. Januar 1933, vier Tage vor seiner Ernennung zum Reichskanzler legte Hitler das Programm für eine Nazi-Regierung im Düsseldorfer Industriellen-Klub Vertretern des Großkapitals vor. Eine faschistische Regierung werde die Mitbestimmung in den Betrieben abschaffen und eine totale Diktatur errichten. Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme empfahl er die Eroberung „neuen Lebensraums“.⁸

Vier Tage nach der Ernennung zum Reichskanzler suchte Hitler am 3. Februar 1933 auf einer Zusammenkunft in der Berliner Bendlerstraße den programmatischen Schulterschuß mit der Reichswehr. Außer der obersten Militärführung mit Reichwehrminister von Blomberg waren Außenminister Konstantin von Neurath und Hans Heinrich Lammers, Chef der Reichskanzlei, anwesend. Hitler erklärte, seine Regierung werde im Innern eine terroristische Diktatur errichten und die schon in der Weimarer Republik eigeleitete Hochrüstung und Militarisation der Gesellschaft erweitern und beschleunigen. Die so errungene politische Macht und militärische Stärke werde zur „Eroberung neuen Lebensraums im Osten“- also in Polen und der Sowjetunion- eingesetzt.⁹ Die Nazi-Regierung setzte zunächst die feindselige Polenpolitik der Weimarer Republik fort. Am 13. März 1933 legte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard von Bülow, ein Mann mit engen Bindungen an das „Haus Krupp“, ein Strategiepapier für die Außenpolitik der faschistischen Regierung vor. In dem Schreiben, das am 7. April im Kabinett behandelt wurde, heißt es, „eine Verständigung mit Polen ist weder möglich noch erwünscht.“ Das Land sei „politisch und wirtschaftlich niederzuhalten.“¹⁰ Wie in der Weimarer Republik war die Devise der Hitler-Regierung: Eroberungs- und Revanchekriege ja, aber jetzt noch nicht. In seiner Rede vor der Reichswehrgeneralität hatte Hitler darauf hingewiesen, daß das Heer erst in 6-8 Jahren für „eine aktive Außenpolitik“ zur Verfügung stehe.¹¹

Der Umschlag in der Politik des „Krieg ja, aber jetzt noch nicht“ hin zur unmittelbaren Vorbereitung von militärischen Raubzügen läßt sich an dem 5. November 1937 festmachen. An diesem Tag

⁵ Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann, Die Reaktion des deutschen Imperialismus auf Briands Paneuropa-Plan 1930, a.a.O., S. 54 u. Dok. 4, S. 66.

⁶ Zit. bei Felix-Heinrich Gentzen, Die Legende vom „Blomberger Blutsonntag“ und die deutsche fünfte Kolonne in Polen, in: September 1939, hgg. von Basil Spuru, Berlin 1959, S. 53, Anm. 28.

⁷ Adolf Hitler, Mein Kampf, zwei Bde. in einem Band, München 1935, S. 739ff.

⁸ Reden der Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers 1922-1945, hgg. v. Erhard Klöss, München, S. 55 ff.

⁹ Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930-1933, Dok. 8, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, H. 4/1954, S.434f(i. fol. VfZ).

¹⁰ Zentrales Staatsarchiv Potsdam, AA, 60966, Bl. 24f.

¹¹ Reinhard Müller, Hitlers Rede vor der Reichswehrführung 1933. Eine neue Moskauer Überlieferung; in: Mittelweg 36, Zs. des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Februar/März 2001, S. 78.

verkündete Hitler der Staatsspitze den „Entschluß zur Anwendung von Gewalt“, denn, so fuhr er fort, „jede Raumerweiterung (könne) nur durch Brechen von Widerstand“ erfolgen. Aber der „Weg der Gewalt“ sei niemals „risikolos“. ¹² Deutschland war selbst unter Inkaufnahme eines großen Krieges zur militärischen Ausweitung des deutschen Lebensraums bereit. Die unmittelbare Vorbereitung von nacheinander zu führenden Blitzkriegen wurde am 5. November 1937 aus dem Stadium der weitreichenden Planungen auf die Ebene der Tagespolitik gehoben.

II

Um die Hochrüstung ohne internationale Bindungen und Kontrollen fortzusetzen, verließ Deutschland im Oktober 1933 die Abrüstungskonferenz und den Völkerbund. Dadurch und durch die terroristische Innenpolitik war Berlin politisch isoliert. Als Gegenmittel griff die deutsche Führung zu einer Bilateralisierungsstrategie in den auswärtigen Beziehungen. Unter Einsatz der überlegenen ökonomischen Potenzen wollte man mit jedem Land einzeln verhandeln, es von Deutschland abhängig machen und in den deutschen Einflußbereich einbinden.

Seit Sommer 1933 liefen zwischen Berlin und Warschau in diesem Sinne diplomatische Gespräche, die mit einer von Polen und Deutschland veröffentlichten „Erklärung“ am 26. Januar 1934 ihren Abschluß fanden. ¹³ Darin verpflichten sich beide Staaten zu einem „dauernden Frieden“ und zum Verzicht auf Anwendung von Gewalt bei Streitfragen. „Eine neue Phase in den Beziehungen“ beider Staaten werde beginnen und ein „gutnachbarliches Verhältnis“ begründet, heißt es dort. Zehn Jahre sollte der Pakt gültig sein. Der Erklärung folgte ein geheimes Zusatzabkommen. Darin verpflichten sich beide Staaten, die schon weitgehend gleichgeschalteten Medien anzuhalten, die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu unterstreichen und das Verbindende zu betonen. ¹⁴

Die Erklärung vom 26. Januar war der erste eklatante Fall der deutschen Bilateralisierungspolitik und ein schwerer Schlag gegen das Prinzip der kollektiven Sicherheit. Das französisch dominierte Sicherheitssystem in Osteuropa wurde an der entscheidenden geografischen und politischen Stelle durchbrochen, die Verbindung Polens zu Frankreich und Großbritannien erheblich gelockert. Polen erhoffte sich von der „Erklärung“ an der deutschen Grenze zeitweilige Ruhe sowie den Abbau der deutschen Handelspressionen und damit Vorteile für die krisengeschüttelte polnische Wirtschaft. Warschau suchte außerdem Rückendeckung für seine feindselige Sowjetunionpolitik. Wegen der Anfang der zwanziger Jahre erfolgten enormen polnischen Geländeeroberungen auf Kosten Sowjetrußlands und Litauens sowie wegen des fanatischen Hasses der Herrscher in Warschau gegen den Bolschewismus waren die polnisch-sowjetischen Beziehungen trotz eines 1932 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages erheblich gespannt. In den von Polen eroberten Ostgebieten lebten vorwiegend Litauer, Weißrussen, Ukrainer, Juden und Deutsche, ¹⁵ die von der polnischen wirtschaftlichen und staatlichen Oberschicht unterdrückt wurden.

Polen begründete der überraschten internationalen Öffentlichkeit den gravierenden Kurswechsel als Bestandteil einer politischen Äquidistanz zu Moskau und Berlin. Tatsächlich rückten die Machthaber in Warschau das Land immer näher nach Berlin in einen bündnisartigen Zustand, der den Faschisten enorme Vorteile brachte. ¹⁶

Einige Journalisten kamen den Intentionen der Nazi-Führer für den radikalen Kurswechsel der deutschen Politik ziemlich nahe. Der Sonderkorrespondent der Londoner „Daily Mail“, Ward Price, sagte am 17. Februar 1934, daß „einige Leute“ in dem Coup die Absicht erkannt haben wollen, die

¹² Mitschrift der Rede in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik(im fol. ADAP), Serie D, Bd. I, Dok. 19, S. 25-32.

¹³ Text der „Erklärung“ in: Reichsgesetzblatt 1934 T.II, S.118f.

¹⁴ Hans-Adolf Jacobsen., Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a.M. 1968, S. 404 ff. sowie Carsten Roschke, Der umworbene Urfeind. Polen in der nationalsozialistischen Propaganda 1934-1939, Marburg 2000.

¹⁵ Zahlen über die Bevölkerung in den Gebieten zwischen der sowjetischen Westgrenze bei Minsk und Brest bei Horst Rohde, Hitlers erster „Blitzkrieg“ und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 149.

¹⁶ Johannes Kalisch, Von der „Globallösung“ zum „Fall Weiß“. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1938/39, in: Der Weg in den Krieg. (Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre 1935/36 bis 1939), hgg. v. Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 389.

Grundlage „für einen gemeinsamen Angriff Deutschlands und Polens auf Rußland“ zu bilden „mit Hinblick auf Gebietserwerbung.“¹⁷

Die Deutschen erhielten „Rückenfreiheit“ bei den riskanten ersten Aktionen gegen den Versailler Vertrag. So bei der Einführung der Wehrpflicht 1935, aber besonders bei dem für das Naziregime gefährlichsten Schritt, dem Einmarsch der Wehrmacht in die entmilitarisierte Zone im Rheinland 1936. Eine von deutschen Funktionären befürchtete militärische Intervention Frankreichs blieb aus, auch weil Warschau den Deutschen Rückendeckung gab. Als Deutschland im März 1938 Österreich annektierte hielt Polen den Faschisten politisch wiederum den Rücken frei. Hitler bedankte sich überschwänglich. In der Reichstagsrede vom 18. März 1938 nannte er an erster Stelle Polen, das zu den Staaten gehörte, die „ihre warme Zustimmung ausgedrückt“ hatten. „Die vornehme und verständnisvolle Haltung Polens“ wurde hervorgehoben.¹⁸ Bei dem ersten Teil der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch das Münchner Abkommen ging die Zusammenarbeit noch weiter. Polen entriß mit deutscher Billigung der Tschechoslowakei Anfang Oktober 1938 das wirtschaftlich wertvolle Olsa-Gebiet und leistete einen wichtigen Beitrag an der Zerschlagung der Tschechoslowakei, die von den Warschauer Machthabern seit ihrer Gründung heftig bekämpft worden war. Manfred Messerschmidt bewertete die Haltung Polens wie folgt: „Polen hatte durch Teilnahme an der Beute – Einverleibung des Teschener Gebiets – seine Verbindung zu Hitler intensiviert und war in gewisser Hinsicht moralisch belastet.“¹⁹

Die Warschauer Politik brachte Polen neben der zunehmenden internationalen Isolierung wegen der Kollaboration mit den Nazis auch essentielle innenpolitische Nachteile.

Durch die „Erklärung“ war es der deutschen Führung möglich, die deutsche Minderheit systematisch mit faschistischem Gedankengut zu infizieren und mit gewaltigem Geldeinsatz, weitgehend ohne Beeinträchtigung durch polnische Behörden, große Organisationen der deutschen Minderheit aufzubauen an deren Spitze radikale Nazis standen.²⁰

Auf einen besonderen Vorteil der „Erklärung“ wies der Generalstabschef des deutschen Heeres, Franz Halder, im April 1939 hin. Vor zukünftigen Generalstäblern sagte er: „Wir haben in den Jahren der guten Beziehungen zu Polen ausreichend Gelegenheit gehabt...um die polnische Armee zu studieren... Wir wissen wen wir vor uns haben...also keinen ernstzunehmenden Gegner.“²¹ Polen fungierte in den deutschen Plänen als wichtiger Teil des zu erobernden „Lebensraums“ und bei weiteren Aggressionen entweder als Vasall oder unterworfenen Opfer, in jedem Fall als „deutsches Aufmarschgebiet für (die) Zukunft“.²²

Vorläufig setzten die Deutschen jedoch auf die Gewinnung Polens als Vasall in einem Krieg gegen die UdSSR und gegen die Westmächte. So gab es schon Anfang 1935 intensive Gespräche Hermann Görings, zweiter Mann in der Nazihierarchie, mit der Warschauer Regierung über militärische Zusammenarbeit gegen die Rote Armee. Man sprach sogar schon über die Verteilung der Beute: Polen beanspruchte „freie Hand“ in der Ukraine, während Deutschland Einfluß im Baltikum erhalten sollte.²³ Befördert wurde die enge Zusammenarbeit der Machthaber in Berlin und Warschau von deren ideologischer Nähe. Man traf sich in einer antidemokratischen Politikauffassung, in der „Russophobie“ und einem fanatischen Antisowjetismus. Am 20. September 1938 gab es ein Gespräch zwischen Hitler und dem polnischen Botschafter in Berlin, Jozef Lipski. Im Bericht des Botschafters heißt es, Hitler betonte „sehr energisch, Polen sei ein erstrangiger Faktor, der Europa gegen Rußland

¹⁷ Max Domarus, Hitler. Reden 1932 bis 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I/1, Leonberg 1988, S. 365.

¹⁸ Reden des Führers, a.a.O., S. 186.

¹⁹ Manfred Messerschmidt, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt am Main 1989, S. 795.

²⁰ S. dazu Felix-Heinrich Gentzen, Die Legende vom Bromberger Blutsonntag und die deutsche Fünfte Kolonne in Polen, in: September 1939 a.a.O., ab S. 41. Für die Untätigkeit der polnischen Behörden s. Johannes Kalisch, Von der „Globallösung“ zum „Fall Weiß“. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1938/39, in: Der Weg in den Krieg, a.a.O., S. 388.

²¹ Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939, in: VfZ, H.3/1997, S. 488.

²² Generaloberst Halder. Kriegstagebuch, hgg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1962, S. 107, Eintrag v.18.10.39.(i. fol. Halder, KTB).

²³ Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rhein 1984, S. 280.

verteidige.“²⁴ Auch der Antisemitismus zählte zu den Gemeinsamkeiten. Hitler sagte in der gleichen Unterredung, die deutsche Führung erwäge, „das Judenproblem im Einvernehmen mit Polen, Ungarn und vielleicht auch mit Rumänien durch Emigration in die Kolonien zu lösen.“ Lipski antwortete auf die „Offerte“, daß die Polen, wenn das gelinge, Hitler „in Warschau ein herrliches Denkmal errichten werden.“²⁵

Die Nazis nutzen die Situation und die Beteiligung der Polen an den Aggressionen gegen die CSR, um Warschau noch enger an sich zu binden. Dabei knüpfte Berlin an die polnischen Bestrebungen nach großräumigen Expansionen im „Osten“ an, Pläne, die der Diktator Jozef Pilsudskis in den dreißiger Jahren kreierte hatte und von Außenminister Jozef Beck unter der Tarnbezeichnung Politik der drei Meere präzisiert wurden.²⁶ Im Osten wollte Warschau von der Ostsee über das Schwarze Meer bis zur Adria eine Kräftegruppierung bilden, die Polen zum „entscheidende(n) Faktor in Osteuropa“ machen sollte, heißt es in dem „Politischen Bericht“ vom 6. Oktober 1938 des deutschen Botschafters in Warschau, Hans-Adolf von Moltke. Weiter schreibt der Botschafter, das Projekt zielt auf „eine Erweiterung der polnischen Einfluß-Sphäre. Polen wolle „die Rußland vorgelagerten Oststaaten zu einem...Sicherheitsgürtel“ zusammenfassen. Moltke resümiert: „Ein Plan, der in erster Linie gegen Sowjetrußland gerichtet ist“.²⁷ Warschau ging es aber auch um die machtpolitische Sicherung der zwischen 1920 und 1922 erfolgte exorbitante Ausdehnung des polnischen Staatsgebietes. Durch die damalige territoriale Eroberungen verlief die polnisch-sowjetische Grenze nur etwa 35 Kilometer westlich von Minsk.

III

Am 11. August 1938 sagte Göring, dem polnischen Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, da nach der bald erledigten „Lösung der tschechischen Frage“ das „russische Problem“ „aktuell werde, sei es Zeit, Fragen „einer weiteren polnisch-deutschen Annäherung“ zu erörtern. Er kam auf das schon erörterte Militärprojekt gegen die Rote Armee zurück und versicherte dem polnischen Diplomaten, daß Deutschland im Falle eines sowjetisch-polnischen Konflikts nicht neutral bleiben und Polen ohne Hilfe lassen könnte.“ Bei einem gemeinsamen Feldzug werde Deutschland sich „vor allem darauf konzentriere(n), den bolschewistischen Aktionen ein Ende zu setzen.“ Polen könnte „unmittelbar in Rußland, z.B. in der Ukraine, bestimmte Interessen verfolgen.“²⁸

Mit dem Vollzug des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 wurde die deutsch-polnische Annäherung zwar so eng wie nie zuvor, aber Polen war durch die Kollaboration auch international moralisch diskreditiert. Am 6. Oktober 1938 schrieb die deutsche Botschaft in Warschau nach Berlin, Polen werde „in Zukunft der verstärkten Position Deutschlands durchaus Rechnung tragen und ein gutes Verhältnis zu Berlin aufrechterhalten wollen.“²⁹

Diese Atmosphäre wollte die deutsche Führung nutzen, um zu einer, wie Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop äußerte, „Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten“, zu „einer Globallösung“ zwischen Deutschland und Polen zu

²⁴ Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, hg. v. Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, o.O., o. Jg., Bd. I, S. 192 (i. folg. Archiv-Dirksen).

²⁵ Ebenda, S. 193

²⁶ Zum „Intermarium-Projekt“ s. a. Marek Kornat, Polen zwischen Hitler und Stalin. Studien zur polnischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit, Berlin 2012, S. 119ff.

²⁷ ADAP, Serie D, Bd. V, Dok. 64, S. 72ff.

²⁸ Archiv-Dirksen, Bd. I a.a.O., S. 158f.

²⁹ ADAP, Serie D, Bd. V, Dok. 64, S. 72ff.

kommen. Am 24. Oktober 1938 unterbreitete er Botschafter Lipski einen 8-Punkteplan. Dessen Kernforderungen waren: Polen sollte der Angliederung der vom Völkerbund verwalteten Freien Stadt Danzig an Deutschland und der Errichtung einer bis Danzig durch polnisches Gebiet führenden exterritorialen Bahn- und Straßenverbindung zustimmen damit Deutschland freien Zugang nach Danzig erhalte. Außerdem wurde Polen aufgefordert dem Antikominternpakt, dem seit 1936 wichtigsten faschistischen Bündnissystem unter deutscher Führung, beizutreten.³⁰ Warschau wurde immer ultimativer zur Annahme des 8-Punkteplans gedrängt. Die Verhandlungen gingen bis in den März 1939. Polen lehnte ab. Bei einer Zustimmung hätte Hitlerdeutschland die Oberhand über die polnische Politik gewonnen. Polen wäre nicht mehr Herr eines wichtigen Teils seines Gebietes gewesen, durch die offene Kollaboration mit Berlin auch in Westeuropa noch stärker moralisch geächtet worden und in eine gefährliche Frontstellung mit der UdSSR geraten. Botschafter Lipski wertete die Erpressungen durch Ribbentrop als Beleg dafür, „daß die Deutschen beschlossen haben, ihr Ostprogramm rasch zu verwirklichen“ und feststellen wollten, „welche Haltung Polen definitiv einnehmen werde“.³¹ Die nun einsetzende hysterische antipolnische Propaganda und die Aktivierung der als 5. Kolonne aufgebauten deutschen Minderheitsorganisationen war für Warschau ein deutliches Zeichen dafür, daß Berlin Polen als Feind betrachtet. Für das Naziregime stand fest, daß Polen bei in einem Krieg gegen die UdSSR oder gegen den Westen als Vasall nicht zur Verfügung stand. Warschau erschien den faschistischen Führern als Risiko erster Größe, das nur militärisch zu beseitigen war.

IV

Spätestens im März 1939 stand für die Nazis fest, Polen zu gegebener Zeit anzugreifen und zu liquidieren. Am 8. März 1939 äußerte Hitler vor Vertretern der Wirtschaft, der NSDAP und der Generalität, zur gewaltsamen Ausdehnung des „deutschen Lebensraumes“ „sei Befehl gegeben worden... nicht später als am 15. März, die Tschechoslowakei militärisch zu besetzen“. Er fügte hinzu: „Polen wird folgen... Deutsche Herrschaft über Polen ist notwendig“.³²

Bei den Vorbereitungen des Überfalls ging die deutsche Führung von einer deutlichen Überlegenheit der deutschen Streitkräfte gegenüber den Heeren Polens, Frankreichs und Großbritanniens aus. Dieses Überlegenheitsgefühl stützte sich maßgeblich auf die Ergebnisse der deutschen Hochrüstungspolitik in den vorausgegangenen Jahren. Der Chef des Wehrwirtschaftsstabes im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Georg Thomas, der als Vertrauensmann der Großindustrie innerhalb der Wehrmacht galt, listete am 24. Mai 1939 die „Erfolge“ auf: Seit 1933/34 sei in Deutschland die „mächtigste Rüstungsindustrie... in der Welt“ entstanden. Dadurch wäre es möglich geworden, die Wehrmacht von 10 Divisionen im Jahr 1933 auf ein Friedensheer von 51 Divisionen im Jahr 1939 zu steigern. „Weltspitze“ sei man bei der Bewaffnung, insbesondere bei der Artillerie. Thomas hob hervor, daß es gelungen sei eine völlig neue Panzer- und Luftwaffe aufzubauen. Abschließend stellt er fest, „daß die deutsche Rüstung in ihrer Breite und in ihrer Bereitschaft gegenüber den Rüstungen aller anderen Staaten zweifellos einen erheblichen Vorsprung hat.“³³ Hitler

³⁰ ADAP, Serie D, Bd. V, Dok. 81, S. 88ff.

³¹ Johannes Kalisch, Von der „Globallösung“ zum „Fall Weiß“, in: Der Weg in den Krieg, a.a.O., S. 395.

³² Anatomie des Krieges, hgg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, Dok. 88, S. 204f.

³³ Der Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (i. fol. IMT), Bd. XXXVI, Dok. 028-EC, S. 144ff.

schätzte am 14. 8. 1939 vor den Oberbefehlshabern den militärischen Entwicklungsstand Englands „etwa wie bei uns 1934“ ein.³⁴ Der Chef des Heeresgeneralstabs, Franz Halder, urteilte im April 1939, die polnische „Kriegführung“ stehe auf dem Stand „etwa von 1870/71“.³⁵

Der Überlegenheitsdünkel der deutschen Militärs speiste sich außerdem aus dem leichten Sieg bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939, aus der dabei erzielten beträchtlichen militärischen und wirtschaftlichen Beute sowie aus der halbherzigen Reaktion der Westmächte auf die Aggression. Die Kriegsfähigkeit und die Bereitschaft zu weiteren Raubzügen wuchsen erheblich. Von Gewicht waren die durch die Aggression erfolgten Veränderungen der geostrategischen Faktoren. Polen war auf drei Seiten von Nazi-Deutschland umfaßt. Dadurch boten sich der Wehrmacht mit ihrer gezielt für einen Blitzkrieg ausgelegten Technik und Truppenführung Möglichkeiten für großräumige Umfassungsoperationen mit anschließenden Vernichtungsschlachten.

V

Die Aggression vom 14.-16. März 1939 gegen die „Resttschechei“ hatte auch Auswirkungen auf das deutsch-britische Verhältnis. Die Tories mußten ihre verhängnisvolle Appeasement-Politik „modifizieren“.

London reagierte-auf Druck der Massen mit einer Erhöhung der militärischen Kampfbereitschaft. Außerdem gab es Polen und anderen bedrohten Ländern am 31. März eine Garantie der Unabhängigkeit, nicht aber der territorialen Integrität. Das bot den Briten die Möglichkeit, mit den Deutschen über Korrekturen der deutschen Ostgrenze und die Lösung der „Danzigfrage“ wieder ins Gespräch zu kommen. Der Deutsche Botschafter in London, Herbert von Dirksen, schrieb zu dieser Zweigleisigkeit der britischen Politik nach dem deutschen Einmarsch in Prag: Einmal wollte England „durch Rüstung und Bildung einer Koalition Deutschland zwingen, seine weiteren (Expansions-)Forderungen im Verhandlungsweg geltend zu machen.“³⁶

Andererseits versuchten Premier Neville Chamberlain und andere einflußreiche Tories, so von Dirksen, „einen Ausgleich mit Deutschland“ zu erreichen und seien bereit „dafür Opfer zu bringen“ sogar auf dem Gebiet des „Lebensraumes“. Er ergänzte, in der Oberschicht der herrschenden Konservativen sei „ein steigendes Verständnis für diese Forderungen festzustellen.“³⁷

Diese Auffassung führte im Sommer 1939 auf britische Initiative hin zu geheimen deutsch-englischen Gesprächen, in denen London u.a. vorschlug einen deutsch-englischen Nichtangriffspakt abzuschließen, die Garantie an Polen aufzuheben und eine „friedliche“ Revision der Ostgrenze, ein neues München zu Lasten Polens zu ermöglichen. Horace Wilson, der einflußreichste Mitarbeiter Chamberlains, sagte dem deutschen Botschafter, „der Abschluß einer deutsch-englischen Entente(mache) die englische Garantiepolitik (gegenüber Polen-M.S.) sachlich hinfällig“. Mit dem Nichtangriffspakt wäre es möglich, so Wilson weiter, daß England „seiner Verpflichtungen (gegenüber Polen-M.S.) los und ledig(werde). Dann wäre Polen gewissermaßen mit Deutschland allein gelassen“, folgerte von Dirksen.³⁸

³⁴ ADAP,Serie D, Bd, VII, Anhang I, S.462.

³⁵ Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939, in: VfZ, H.3/1997, S. 486.

³⁶ Zusammenfassende Aufzeichnung von Dirksens in: Archiv-Dirksen Bd. II, Dok. 29, S. 180.

³⁷ Ebenda, S. 180f.

³⁸ Ebenda, S. 193.

Der deutsche Expansionsdrang sollte ein weiteres mal unter britischer Kontrolle nach Osten abgelenkt werden. Doch die Naziführung lehnte ein neues München, wo sie gegen die Tschechoslowakei nur einen Teilerfolg erreicht hatte, ab. Man wollte keine Korrektur der deutschen Ostgrenze, sondern ganz Polen, um den „deutschen Lebensraum“ entscheidend auszudehnen und eine gemeinsame Grenze zur UdSSR zu erreichen. Die deutsche Führung wertete die „Ausgleichsbemühungen“ nach einer Aufzeichnung des deutschen Botschafters in London „als ein weiteres Zeichen für die Schwäche Englands“ und als Beleg dafür, „daß England im Fall eines deutsch-polnischen Krieges sich nicht an Polens Seite beteiligen werde.“³⁹ Auf der wohl wichtigsten Beratung mit der Wehrmachtsspitze zur Vorbereitung des Krieges gegen Polen nannte Hitler am 23. Mai 1939 die wahren Ziele. Danzig, das von der NS-Propaganda als wichtigstes Streitthema hochgespielt worden war, „ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten“ sowie um die „Lösung des Baltikum-Problems.“⁴⁰

Chamberlain konnte bei seinen Bemühungen, eine internationale Koalition gegen deutsche Aggressionen zu schmieden, dabei aber wie vor München, die Sowjetunion aus der europäischen Politik herauszuhalten, nicht durchhalten. Die Mehrheit in England hatte erkannt, daß wirksame Sicherheit ohne Moskau nicht möglich war. Der Ex-Premier David Lloyd George erklärte am 3. April 1939 anläßlich der britischen Garantieerklärung für Polen: „Ich kann nicht verstehen, warum wir uns nicht, bevor wir diese gewaltige Verpflichtung eingingen, zunächst der Mitwirkung Rußlands versichert haben.“⁴¹ Die Sowjetunion war gegenüber den Appeasern berechtigter Weise äußerst vorsichtig. Der deutsche Botschaftsrat in Moskau, Werner von Tippelskirch, schrieb nach Berlin, bei der Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik nach München und Prag müsse man berücksichtigen, daß die sowjetische Führung außerordentlich mißtrauisch sei „hinsichtlich der wahren Absichten der Westmächte gegenüber der Sowjetunion. Die Sowjets argwöhnen, daß die Westmächte bestrebt sind, die deutsche Aggression nach Sowjetrußland abzulenken, um sich selbst von dieser Gefahr zu befreien.“⁴² Ein prägendes Merkmal der sowjetischen Außenpolitik besonders nach München war „der tief sitzende Verdacht... Deutschland und Großbritannien könnten gemeinsam einen Kreuzzug gegen das kommunistische Russland beginnen schreibt, schreibt der israelische Historiker Gorodetsky.⁴³ Trotzdem kam es auf sowjetische Initiative Mitte April 1939 zu monatelangen politischen britisch-französischen-sowjetischen Verhandlungen über gegenseitige Unterstützung bei deutschen Aggressionen. Moskau forderte außerdem, die Polen, Griechenland, Rumänien, der Türkei und Belgien zugesagten Garantien auf die drei baltischen Grenzstaaten der SU auszudehnen und allen Staaten auch bei indirekter faschistischer Aggression Beistand zu gewähren. In Moskau tauchte die begründete Furcht auf, daß gerade Lettland, Estland und Finnland von den Faschisten auf „friedlichem“ Wege, im Zuge einer indirekten Aggression, unterworfen und zu Basen für eine direkte Aggression gegen die Sowjetunion ausgebaut werden.⁴⁴ Am 24. Juli 1939 endete die Konferenzserie mit dem Beschluß zu militärischen Besprechungen. Diese Beratungen wurden am 21. August ergebnislos abgebrochen.⁴⁵ Die Konferenz scheiterte daran, daß London, wie

³⁹ Ebenda, S. 197.

⁴⁰ IMT, Bd. XXXVII, Dok. L-79, S. 546ff. Ausf. zu der Beratung s. Martin Seckendorf, Weltkrieg einkalkuliert. Am 23. Mai 1939 fand eine der wichtigsten Beratungen zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges statt. Es wurde der baldige Überfall auf Polen beschlossen, in: „junge Welt“, Berlin vom 23. Mai 2009, S. 12f.

⁴¹ Zit. n. Charles Loch Mowat, Britain between the Wars 1918-1940, o. O. o.J., S. 639f.

⁴² ADAP, Serie D, Bd. VI, Dok. 112, S. 115ff.

⁴³ Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen „Barbarossa“, Berlin 1999, S. 24.

⁴⁴ Geschichte der Diplomatie, hgg. v. W.P. Potjomkin, Bd. III/Teil 2: Die Diplomatie in der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges(1919-1939), Berlin 1948, S. 345.

⁴⁵ Ebenda.

die Weisung der britischen Regierung an die britische Delegation ausweist, kein verbindliches Abkommen mit der SU, sondern nur Zeitgewinn wollte. In der Weisung heißt es: „Die Britische Regierung will in keine bestimmte Verpflichtung einbezogen werden, die uns unter beliebigen Umständen die Hände binden könnten.“⁴⁶ Die Verhandlungen scheiterten auch an der Haltung Polens in der Frage militärischer Hilfeleistung der UdSSR bei einer deutschen Aggression. Chamberlain war nicht bereit, Polen zu einer Änderung seiner Position zu drängen.⁴⁷ Der Leiter der sowjetischen Delegation, Verteidigungsminister Kliment Jefremowitsch Woroschilow, gab am 27. August der *Iswestja* zu den Gründen für das Scheitern ein Interview. Da die UdSSR keine gemeinsame Grenze mit dem Aggressor besitze, könne sie, so Woroschilow, „Frankreich, England und Polen nur unter der Bedingung Hilfe erweisen...daß ihre Truppen durch polnisches Gebiet marschieren können“. Dieser Position der Sowjetunion, daß sich bei einer deutschen Aggression sowjetische und polnische Truppen gemeinsam soweit westlich wie möglich der Wehrmacht entgegenstellen müssen, hätten die französische und englische Delegation nicht zugestimmt, „während die polnische Regierung unverhohlen erklärte, sie brauche und wolle keine Hilfe von der UdSSR. Dieser Umstand hat die militärische Zusammenarbeit mit diesen Ländern unmöglich gemacht.“⁴⁸ Am 12. August ging im Auswärtigen Amt ein Telegramm des deutschen Botschafters in Moskau, Friedrich-Werner von der Schulenburg, ein, in dem er folgende Äußerung des polnischen Botschafters in der UdSSR, Waclaw Grzybowski, zu den Militärbesprechungen wiedergibt: „Polen werde keinesfalls dulden, daß sowjetische Truppen polnisches Gebiet beträten“ und auch „der sowjetischen Flugwaffe keinesfalls Flugplätze zur Verfügung stellen“.⁴⁹ Polens Schicksal war besiegelt. Warschau und London schlossen noch am 25.8 einen für Polen militärisch wirkungslosen Beistandspakt. Das Land stand der aggressionsbereiten Wehrmacht allein gegenüber.

Doch auch die Lage der Sowjetunion hatte sich mit dem diplomatischen Fehlschlag deutlich verschlechtert. Ein Grundpfeiler ihrer Außenpolitik, das Konzept kollektiver Sicherheit mit gegenseitigem Beistand und verbindlichen Garantien auch für die baltischen Nachbarstaaten der UdSSR war gescheitert. Mit der Sabotage eines wirkungsvollen Militärabkommens durch Polen und die Westmächte war die UdSSR wie beim Münchener Abkommen 1938 diplomatisch auf sich alleingestellt. Darauf hatte der britische Militärattache schon vor Beginn der Militärgespräche hingewiesen. In einem Gespräch mit dem italienischen Militärattache in Moskau äußerte der britische Offizier die Vermutung, daß bei einem Scheitern der Militärverhandlungen, die Sowjetunion „im Kriegsfall Gefahr laufe, isoliert zu sein.“⁵⁰ Zudem hatte sich die geostrategische Lage der UdSSR mit dem Scheitern der Gespräche verschlechtert. Alle Welt glaubte, daß ein deutscher Angriff auf Polen unmittelbar bevorstand und die polnische Armee der Wehrmacht nicht gewachsen war. In wenigen Wochen würde die Wehrmacht an der lettischen Grenze, 35 Kilometer vor Minsk und tief in der Ukraine bis zur rumänischen Grenze stehen.

Für die Sowjetunion wurde es Zeit zu handeln. Sie leitete über wirtschaftspolitische Fragen vorsichtig eine Entspannung der seit Jahren wegen der antisowjetischen Politik der Nazis extrem verhärteten Beziehungen mit Berlin ein. Am 31. Mai 1939 sagte der sowjetische Außenminister, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, vor dem Obersten Sowjet, seine Regierung werde trotz der Schwierigkeiten, die die Westmächte in den laufenden Verhandlungen bereiteten alles daran setzen, „eine zuverlässige und effektive Abwehrfront der nichtaggressiven Mächte herzustellen.“ Aber, so Molotow weiter, die SU werde sich nicht in eine diplomatische Isolierung drängen lassen. „Indem wir Verhandlungen mit England und

⁴⁶ Zit. n. Lew Besymenski, Die Alternativen von 1939, in: „Neue Zeit“, Moskau Nr. 23/1989, S.41.

⁴⁷ Gabriel Gorodetsky, Die große Täuschung.a.a.O., S. 25

⁴⁸ Geschichte der Diplomatie, a.a.O., S.. 351.

⁴⁹ ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 15, S. 11.

⁵⁰ Ebenda, Dok. 27, S. 22.

Frankreich führen, halten wir es durchaus für notwendig, sachliche Beziehungen auch mit solchen Ländern wie Deutschland und Italien zu unterhalten.“⁵¹ Nach einer Einschätzung des deutschen Botschafters in Moskau, Friedrich-Werner von der Schulenburg, zeige die Rede, daß die SU trotz starken Mißtrauens bereit sei, einen „Vertrag mit England und Frankreich abzuschließen.“ Molotow habe aber „Ausfälle gegen Deutschland vermieden und Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, die in Berlin und Moskau begonnenen (Wirtschafts-)Gespräche fortzusetzen.“⁵² Die Sowjetregierung hatte vermutet, daß die Westmächte die seit April laufenden politischen Verhandlungen und die Militärbesprechungen Moskau nur hinhalten sollten, um die Öffentlichkeit zu beruhigen und derweil einen „Ausgleich“ mit dem Naziregime zu Lasten Polens und der UdSSR zu erreichen. Die Sowjetregierung war über die deutsch-britischen „Ausgleichsbemühungen“ vom Sommer 1939 informiert. Das Politbüro der KPdSU faßte deshalb am 11. August den Beschluß, die Gespräche mit Berlin langsam zu intensivieren und zu einem Vertrag mit Nazi-Deutschland auch über das polnische Problem zu kommen.⁵³ Angesichts des auf den 26. August bzw. auf den 1. September festgelegten Angriffstermins wurden die Nazis immer ungeduldiger und waren bereit, einen Vertrag zu unterschreiben, der den sowjetischen Sicherheitsforderungen gerecht werde. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, notierte am 18. August 1939: „Unsere Verhandlungen mit den Russen gehen weiter... Wir machen dieses sehr dringlich, da in 8 Tagen der Schlag gegen Polen geführt werden soll.“⁵⁴ Am 23. August flog Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, der alle „Führervollmachten“ hatte, zu Stalin und Molotow. In der Nacht vom 23. zum 24. August wurde ein zehn Jahre gültiger Nichtangriffsvertrag unterzeichnet. Beide Seiten verpflichteten sich darin, keine kriegerischen Handlungen gegeneinander zu unternehmen und Mächte, die gegen einen der Vertragspartner Krieg führen, nicht zu unterstützen.⁵⁵ Bestandteil des Vertrages war ein geheimes Zusatzprotokoll.⁵⁶ Angesichts der bevorstehenden deutschen Aggression gegen Polen waren die darin enthaltenen Festlegungen über die deutschen und sowjetischen Interessensphären in Osteuropa für die Sowjetunion von besonderem Gewicht. Die baltischen Staaten und Bessarabien wurden der sowjetischen Interessensphäre zugerechnet. Dadurch waren diese Länder an der Grenze zur Sowjetunion direkten oder indirekten faschistischen Aggressionsbemühungen entzogen. Außerdem wurde eine Demarkationslinie festgelegt, die etwa 250 Kilometer westlich der polnisch-sowjetischen Grenze verlief. Diese Linie sollten die faschistischen Truppen nicht überschreiten. Im Protokoll wurde auch bestimmt, daß sich beide Seiten nach einer deutschen Aggression über die Zukunft Polens austauschen werden. Diese Festlegung zusammen mit der nach Westen erfolgte Verschiebung der sowjetisch-polnischen Grenze haben in der Folge bis heute heftige Kritik ausgelöst. Bei der Beurteilung des Zusatzprotokolls ist zu berücksichtigen, daß das Vertragswerk in einer außergewöhnlichen Situation, nämlich am Vorabend einer deutschen Aggression gegen Polen, ausgehandelt wurde. Moskau erhoffte sich größere Sicherheit an der Westgrenze und Zeitgewinn bei dem erwarteten faschistischen Angriff auf die UdSSR. Die Nazis glaubten, der Vertrag sei für die Westmächte ein weiterer Grund, nicht in den deutsch-polnischen Krieg einzugreifen. So schrieb der Luftwaffenadjutant Hitlers, Nicolaus von Below, in seinen Erinnerungen, Hitler

⁵¹ Günter Rosenfeld, Die Sowjetunion und das faschistische Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg, a.a.O., S. 366.

⁵² ADAP, Serie D, Bd. VI, Dok. 463, S. 519f.

⁵³ Ryszard Nazarewicz, Der Überfall auf Polen 1939: Diplomatische Hintergründe, in: Werner Röhr/Brigitte Berlekamp/Karl Heinz Roth(Hrsg.), Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen“ Aggression Deutschlands 19138/1939, Hamburg 2001, S.315.

⁵⁴ Zit. n. Günter Rosenfeld, Die Sowjetunion und das faschistische Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in: Der Weg in den Krieg, a.a.O., S. 375 Anm. 159.

⁵⁵ Text in: Reichsgesetzblatt 1939, Teil II, Nr. 38, S. 968f.

⁵⁶ Text in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 229, S. 206f.

habe das Vertragswerk nur als zeitweiliges Manöver angesehen, um „England aus dem Konflikt mit Polen herauszuhalten“.⁵⁷ Auch ein Gespräch Hitlers am 11. August 1939 mit dem Völkerbundskommissar für Danzig Carl J. Burckhardt zeigt, daß die deutsche Führung dem Vertragswerk nur eine begrenzte Haltbarkeit beigemessen hatte.

In dem Gespräch offenbarte Hitler daß die angestrebten engeren Beziehungen mit Moskau nur die taktische Funktion hatten die Briten von einem Krieg gegen Deutschland abzuhalten.

Weiter führte er aus: „Alles was ich unternehme ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen, und dann nach seiner Niederlage mich mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden.“⁵⁸

Am 22. August 1939, die Grundlinien des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags inklusive Zusatzprotokoll waren ausgearbeitet, erklärte Hitler vor den Oberbefehlshabern: „Mein Polenpakt(d.h. der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag-M.S.) war nur als Zeitgewinn gedacht. Und im übrigen, meine Herren, ereignet sich mit Rußland ja nur dasselbe, was ich mit Polen durchexerziert habe. Nach Stalins Tod, er ist ein schwerkranker Mann, zerbrecen wir die Sowjetunion. Dann dämmert die deutsche Erdherrschaft herauf.“⁵⁹

Der spätere Premierminister Winston Churchill glaubte, daß auch Stalin die deutsch-sowjetischen Verträge nur als „zeitweiliges Behelfsmittel“ zur Verzögerung einer deutschen Aggression ansah.⁶⁰

11 Monate nach Vertragsabschluß begann die konkrete Vorbereitung für einen Überfall auf die UdSSR.

Churchill schrieb nach dem Krieg: „Vom Standpunkt der Sowjetregierung aus muss gesagt werden, dass es für sie lebenswichtig war, das Aufmarschgebiet der deutschen Armeen so weit wie möglich im Westen zu halten“. Zu den Baltischen Staaten notierte er in diesem Zusammenhang: „Sie (die Nazis –M.S.)mussten die baltischen Staaten und einen großen Teil von Polen durch Gewalt oder Betrug besetzen, bevor sie“ die Sowjetunion angreifen konnten. Zusammenfassend heißt es: Wenn die sowjetische „Politik kaltblütig war, so war sie jedenfalls damals auch im höchsten Masse realistisch.“⁶¹

VI

Ende März 1939 liefen die deutschen Kriegsvorbereitungen an. Am 25. März erhielt der Oberbefehlshaber des Heeres den Auftrag, das „Polenproblem“ generalstabsmäßig zu bearbeiten.⁶² Am 3. April erging die erste Weisung für den „Fall Weiß“, wie die Deckbezeichnung für den Überfall auf Polen lautete. Sie enthielt die Absicht, das Land „für alle Zukunft“ als möglichen Gegner Nazi-Deutschlands auszuschalten. Der Angriff sollte ohne Kriegserklärung als Überfall beginnen. „Die politische Führung“, hieß es in dem Papier, wolle Polen „isolieren, d.h. den Krieg auf Polen... beschränken.“ Die Operationen seien mit „starken Schlägen zu eröffnen“ und müßten „zu schnellen Erfolgen... führen.“ Dadurch wollte man Fakten schaffen und andere Mächte daran hindern, dem Opfer wirksame militärische Hilfe zukommen zu lassen. Der Blitzkrieg sollte „die Isolierung Polens... über

⁵⁷ Nicolaus v. Below, Als Hitlers Adjutant 1937-1945, Mainz 1980, S. 183.

⁵⁸ Zit.n, Gerd Ueberschär/Wolfram Wette(Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Unternehmen „Barbarossa“ 1941, Frankfurt am Main 2011, S. 21f.

⁵⁹ ADAP, Serie D, S. 171f.

⁶⁰ Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, erster Band: Der Sturm zieht auf, Bern 1948, S. 474.

⁶¹ Ebenda, S. 475.

⁶² IMT, Bd XXXVII, Dok. 100-R, S. 247.

den Kriegsausbruch hinaus“ aufrechterhalten. Wieder war man bereit, einen Krieg mit den Westmächten zu riskieren Die Nazis rechneten aber offensichtlich mit einem ähnlichen Verhalten Frankreichs und Großbritanniens wie nach der Aggression gegen die Tschechoslowakei im März 1939. Zum Schluß wurde befohlen, die Vorbereitungen hätten so zu erfolgen, daß ihre „Durchführung ab 1.9.39 jederzeit möglich ist.“⁶³

Schon Mitte April präsentierte der Chef des Heeresgeneralstabs, Halder, in einer Rede vor Generalen und Generalstabsoffizieren einen minutiösen Kriegsplan.⁶⁴ Seine Ausführungen stellte er unter die Überschrift: „Taktische und strategische Erwägungen zum kommenden Krieg gegen Polen.“ Halder forderte, das Land müsse durch einen „schlagartigen Überfall“ in der „kürzestmöglichen Zeit vollkommen erledigt werden“. Die Vernichtung des polnischen Heeres werde den Deutschen „nicht schwerfallen“. Die polnischen Streitkräfte hätten „gegen das deutsche Reichsheer gar keine Chancen“, schließlich sei die Wehrmacht die „modernste Armee unserer Zeit“. Aus den weiteren Ausführungen Halders ergibt sich, daß das Oberkommando des Heeres (OKH) bei der beabsichtigten Vernichtung Polens auch einen großen Krieg zu riskieren bereit war. Zur möglichen Haltung der Westmächte heißt es, die Briten hätten zwar Polens Unabhängigkeit garantiert (am 31. März) und Gespräche über einen britisch-polnischen Beistand geführt (Anfang April), doch das nütze „den Polen im Moment des Krieges wenig“. Es werde „sie vor allem nicht davor bewahren, von uns überrannt zu werden.“ Halder fuhr fort, ob Frankreich und England „eingreifen oder nicht“, sei eigentlich unerheblich. Die Wehrmacht werde hinter dem „Westwall“ solange Angriffe abwehren, „bis der Osten liquidiert ist“, um sich dann mit voller Wucht gegen Frankreich und Britannien zu wenden. Deshalb müsse „im Osten blitzschnell gehandelt werden... wir müssen zermalmend über Polen herfallen“ und „in spätestens drei Wochen mit Polen fertig sein“. Polen müsse „nicht nur geschlagen, sondern liquidiert werden“. Er fügte mit Blick auf das Verhalten der Westmächte bei der deutschen Aggression gegen die Tschechoslowakei im März 1939 hinzu: „Vielleicht aber werden Frankreich und England wieder einmal gar nichts machen.“ Im Operationsplan des OKH taucht auch die Sowjetunion in Zusammenhang mit dem geplanten Überfall auf Polen auf. Wenn die Deutschen Polen niedergeworfen haben und an der polnisch sowjetischen Grenze stehen, dann, so Halder, „wird es von den Russen abhängen, ob die Ostfront zum europäischen Schicksal wird. In jedem Fall wird dann eine siegreiche Armee, erfüllt mit dem Geist gewonnener Riesenschlachten, bereitstehen, um entweder dem Bolschewismus entgegenzutreten oder... nach dem Westen geworfen zu werden, um dort die Entscheidung rasch, aber gründlich zu erringen.“

Auf der Beratung der deutschen Führung am 23. Mai 1939 bekräftigte Hitler die seit Ende März/Anfang April feststehenden politischen und militärischen Grundlinien: „Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“. Hitler fuhr fort: „(Die) Auseinandersetzung mit Polen - beginnend mit Angriff gegen Polen - ist nur dann von Erfolg, wenn der Westen aus dem Spiel bleibt. Ist das nicht möglich, dann ist es besser den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen... Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen“, so Hitler weiter, „ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen.“⁶⁵

⁶³ Weisung „Fall Weiß“ in: Walter Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Bonn 1983, S. 17ff.

⁶⁴ Vollständig abgedruckt bei Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Halder und die Kriegsvorbereitungen im Frühjahr 1939, in: VfZ, H.3/1997, S.479-495. Alle folgenden Zitate aus diesem Dokument.

⁶⁵ ADAP, Serie D, Bd. VI, Dok 433, S. 477ff.

Zu den vor dem Angriff getroffenen Entscheidungen gehörten auch Grundzüge der späteren deutschen Okkupationspolitik im unterworfenen Polen. Schon im April hatte Halder in dem oben zitierten Dokument darauf hingewiesen, daß die „Sicherung“ des eroberten Gebietes „von den paramilitärischen Formationen der Partei“, d.h. von der SS und den ihr unterstellten „volksdeutschen“ Terrororganisationen, „vorgenommen“ werde.⁶⁶ Am 22. August erklärte Hitler auf der Beratung mit den Oberbefehlshabern: „Unsere Stärke ist unsere Schnelligkeit und unsere Brutalität... Ich habe Befehl gegeben, daß das Kriegsziel nicht im Erreichen von bestimmten Linien, sondern in der physischen Vernichtung des Gegners besteht. So habe ich... meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen... Polen wird entvölkert und mit Deutschen besiedelt.“⁶⁷

Am 15. Juni gab das Oberkommando des Heeres den Aufmarschplan für den Überfall an die beiden Heeresgruppen und fünf Armee heraus in dem noch einmal die operativen Grundlinien eines Blitzkrieges mit großräumigen Umfassungsangriffen und anschließenden Vernichtungsschlachten angewiesen wurden.⁶⁸ Ingeheim lief die Mobilmachung an, die am 28. August ihren Höchststand erreichte: Das Heer war binnen weniger Tage auf eine Gesamtstärke von 103 Divisionen mit 3,75 Millionen Mann gebracht worden.⁶⁹ Der direkte Aufmarsch gegen Polen begann am 19. August.⁷⁰ Der für die Wehrmacht unerwartet gute Ablauf der Vorbereitungen veranlaßte am 28. August den Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, zu der Äußerung: „Wenn es hart auf hart kommt, führe ich auch (einen) Zweifrontenkrieg.“⁷¹ Bemerkenswert an den Kriegsvorbereitungen ist, daß gegen Absicht, Polen zu vernichten, in den deutschen Macht- und Einflußeliten anders als bei dem im Mai 1940 begonnen Frankreichfeldzug keine oppositionellen Stimmen überliefert sind. Inzwischen heizten die Nazis die Situation an. Sie wollten einen „Anlaß“ für den Überfall schaffen. Am 22. August 1939 hatte Hitler in der Rede vor Spitzenmilitärs gesagt: „Ich werde propagandistischen Anlaß... geben.“⁷² Der Angriff sollte als Akt der Notwehr erscheinen. Polen trage die Schuld am Kriege, die Wehrmacht schieße nur zurück, wurde behauptet.⁷³ Als „polnische Angriffe“ fingierte Operationen von SS und Wehrmachtssaboteuren, so der inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz am 31. August,⁷⁴ schufen eine explosive Atmosphäre. In den letzten Tagen setzte hektische diplomatische Betriebsamkeit ein, um die Nazis doch noch von einem Überfall abzuhalten. Die deutsche Regierung ging scheinbar auf britische Verhandlungsofferten ein. Man nutze sie einmal, um sich ein Alibi für den Angriff zu verschaffen und machte gleichzeitig den Versuch, von Großbritannien „freie Hand“ im „deutschen Lebensraum“, gewissermaßen die britische Zustimmung zum Überfall auf Polen

⁶⁶ Christian Hartmann/Sergej Slutsch, Halder und die Kriegsvorbereitungen, a.a.O., S. 493.

⁶⁷ Ebenda, Bd. VII, Dok. 193, S. 172.

⁶⁸ Christian Hartmann, Halder. Generalstabchef Hitlers 1938-1942, Paderborn 2010, S. 128.

⁶⁹ Ebenda, S. 136.

⁷⁰ Horst Rohde, Hitlers erster „Blitzkrieg“ und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, a.a.O, bes. S. 103ff.

⁷¹ Christian Hartmann, Halder, a.a.O, S. 137.

⁷² Zit. n. Der Zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgewählt und eingeleitet von Gerhard Förster und Olaf Groehler, Berlin 1989, S. 42

⁷³ So u.a. Hitler in der Rede vor dem Reichstag am 1. September 1939, in: Reden der Führers, a.a.O., S. 208ff.

⁷⁴ Zum Angriff auf den Sender s. u. a. Rudi Goguel /Heinz Pohl, Oder-Neisse. Eine Dokumentation, Berlin 1955, S. 46ff sowie ausführlich: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd.1:Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974, S. 163f.

zu erhalten. Die Nazi-Führung erklärte man werde verhandeln, aber erst nachdem das „Polenproblem“ gelöst sei.⁷⁵

Ohne Kriegserklärung eröffnete am 1. September 1939 um 4.45 Uhr das Linienschiff „Schleswig Holsteilstein“ das Feuer auf polnische Befestigungsanlagen auf der Westernplatte bei Danzig. Zur gleichen Zeit griff die deutsche Luftwaffe „überfallartig“, wie es in der Weisung vom 3. April befohlen war,⁷⁶ polnisches Gebiet an. Das deutsche Heer drang von Ostpreußen, Pommern, Schlesien und der Slowakei aus in Polen ein. Bei der Zahl der Truppen gab es einen ungefähren Gleichstand: Die Wehrmacht setzte 54 Divisionen ein, davon waren 15 voll motorisiert. Ihnen standen 49 polnische Divisionen mit nur einer motorisierten Brigade gegenüber. Erhebliche Unterschiede gab es bei der Bewaffnung: Die Wehrmacht verfügte über 4300 Geschütze, 1350 besaß die polnische Armee. Deutschland konnte 3600 Panzer einsetzen, die polnische Armee 750. Den beiden deutschen Luftflotten standen 1900 Maschinen zur Verfügung, während die polnischen Luftstreitkräfte nur 900 dazu meist veraltete Flugzeuge aufbieten konnten.⁷⁷

Briten und Franzosen forderten das Ende der Aggression. Die deutsche Führung ignorierte die Aufforderung. Daraufhin erklärten beide Mächte am 3. September dem Nazi-Reich den Krieg.⁷⁸

Wegen der skandalös „komischen“ Kriegführung Frankreichs und Großbritanniens an der deutschen Westgrenze ging der Plan der Deutschen, zu verhindern, daß Polen effektive militärische Hilfe aus dem Ausland erhielt, auf. Aus dem deutschen Überfall auf Polen war ein großer europäischer Krieg entstanden, der mit dem deutschen Angriff auf West- und Nordeuropa im Frühjahr und Sommer 1940 in einen Weltkrieg überging. Der Versuch des deutschen Imperialismus, 21 Jahre nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg, wieder eine Großmachtstellung, „die deutsche Erdherrschaft“, wie Hitle am 22. August 1939 vor seinen Generalen sagte, zu erkämpfen, war mit dem 1. September in ein neues Stadium eingetreten.

Erweiterte Fassung eines Themabeitrags in der Tageszeitung „junge Welt“, Berlin, vom 31. August 2019, S. 12 u. 13.

⁷⁵ S.u.a. Brief Hitlers vom 25.8.1939 an den britischen Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, in: ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 265, S. 233ff.

⁷⁶ Weisung „Fall Weiß“ in: Walter Hubatsch, Hitlers Weisungen, a.a.O., S.18.

⁷⁷ Christian Hartmann, Halder a.a.O, S. 141. Umfassend zum Kräfteverhältnis an der deutsch-polnischen Front und zum Aufmarsch der Wehrmacht: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 1 a.a.O., S. 165- 169.

⁷⁸ Zu den Kriegserklärungen und der Reaktion der deutschen Führung s. Max Domarus, Hitler., a.a.O., Bd. II/3, S. 1331.